



Sitzungsvorlage

Nr.:	15/2005
ausgefertigt am:	11.01.2005
Fachamt:	Naturschutzamt
zu beteiligende Gremien:	– Ausschuss für Feuerschutz und Rettungsdienst

Verwaltungsmodernisierung in Niedersachsen hier: Bestellung der Waldbrandbeauftragten

Im Zuge der Auflösung der Bezirksregierung Lüneburg zum 01.01.2005 ist die Aufgabe der Organisation der Waldbrandabwehr von der oberen Waldbehörde auf die Landkreise übergegangen. Zu dieser Aufgabe zählt u. a. die Bestellung von Waldbrandbeauftragten und Kreiswaldbrandbeauftragten.

Gemäß § 18 des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) hat die Waldbehörde für bestimmte Gefahrenbezirke Waldbrandbeauftragte zu bestellen. Zudem hat sie nach § 20 NWaldLG für ihr Gebiet eine Forstbeamtin zur Kreiswaldbrandbeauftragten oder einen Forstbeamten zum Kreiswaldbrandbeauftragten zu bestellen.

Für die Entscheidung über die Bestellung zu jeglicher ehrenamtlicher Tätigkeit ist der Landrat nach § 57 Abs. 1 Nr. 6 der Niedersächsischen Landkreisordnung (NLO) zuständig.

Die Waldbrandbeauftragten sind ehrenamtlich für den Landkreis tätig (§ 18 NLO).

Die Übertragung der ehrenamtlichen Tätigkeit erfolgt durch Bestellung. Sie kann auf Zeit oder unbefristet erfolgen. Es ist beabsichtigt, die Waldbrandbeauftragten ähnlich wie die Naturschutzbeauftragten für die Dauer von fünf Jahren zu bestellen.

Bisher waren ein Kreiswaldbrandbeauftragter sowie für drei Gefahrenbezirke (**Gefahrenbezirk CUX 1:** SG Land Hadeln, SG Sietland, SG Am Dobrock, SG Hemmoor, SG Börde Lamstedt; **Gefahrenbezirk CUX 2:** Stadt Cuxhaven, Gem. Nordholz, SG Land Wursten, SG Bederkesa, Stadt Langen, Gem. Schifffdorf; **Gefahrenbezirk CUX 3:** Gem. Loxstedt, SG Hagen, SG Beverstedt) jeweils zwei Waldbrandbeauftragte bestellt.

Vorgesehen ist, die bisherigen Beauftragten weiter zu bestellen. Da der bisherige Kreiswaldbrandbeauftragte und einige Waldbrandbeauftragte nicht mehr zur Verfügung stehen, ist eine Neubesetzung teilweise erforderlich. Über die Neubesetzung der Funktionsträger wird nach Zustimmung ihrer Dienstherrn oder Arbeitgeber entschieden.

Beschlussvorschlag:

Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen.

Bielefeld